

Zusammenfassung der Stellungnahme zum Vorschlag der EU-Datenschutzverordnung

KOM(2012) 11/4

vom 25. Januar 2012

Die **deutsche Versicherungswirtschaft unterstützt** die Ziele, das **Datenschutzrecht in Europa zu vereinheitlichen**, die grenzüberschreitende Tätigkeit zu erleichtern und Hemmnisse für den internationalen Datentransfer zu beseitigen.

Angesichts des ohnehin schon hohen Datenschutzstandards sollte eine Regelung der Rechte der Betroffenen und der Anforderungen an Datenschutz und Datensicherheit jedoch **mit Augenmaß** erfolgen und **unnötige bürokratische Belastungen vermeiden**. Regelungen, die erkennbar von Vorfällen in der Internetwirtschaft angestoßen sind und nur für den Bereich des Internets Sinn ergeben, sollten dabei nicht generell und allgemeingültig gemacht werden.

Im Hinblick auf **versicherungsspezifische Geschäftsabläufe** enthält der Vorschlag der Datenschutz-Grundverordnung noch **erhebliche rechtliche Unsicherheiten** sowie Bestimmungen, die die Bereitstellung von Versicherungsschutz erheblich erschweren, verteuern und in Teilen sogar gefährden würden.

Die zukünftige Verordnung sollte insbesondere folgende Punkte berücksichtigen:

1) Rechtsgrundlage für die Verarbeitung von Gesundheitsdaten

Der Vorschlag enthält bisher keine ausreichende gesetzliche Grundlage für die Verarbeitung von Gesundheitsdaten in der Versicherungswirtschaft. In der Lebens-, Kranken-, Unfall-, Haftpflicht- und Rückversicherung werden Gesundheitsdaten zwingend benötigt, um im Einklang mit versicherungsaufsichtsrechtlichen Bestimmungen die zu versichernden Risiken zu prüfen und Versicherungsfälle abwickeln zu können.

Beispiel:

- Ein Krankenrücktransport aus dem Ausland kann nur organisiert werden, wenn dem Versicherer oder Assistent, der den Transport organisiert, bekannt ist, welche Erkrankung der Versicherte hat.

Gesamtverband der Deutschen
Versicherungswirtschaft e. V.

Wilhelmstraße 43 / 43 G, 10117 Berlin
Postfach 08 02 64, 10002 Berlin
Tel.: +49 30 2020-5290
Fax: +49 30 2020-6290

51, rue Montoyer
B - 1000 Brüssel
Tel.: +32 2 28247-30
Fax: +32 2 28247-39

Ansprechpartner:
Dr. Martina Vomhof
Leiterin
Datenschutz/Grundsatzfragen

E-Mail: m.vomhof@gdv.de

www.gdv.de

Eine Einwilligung als Rechtsgrundlage birgt Unsicherheiten u. a. aus folgenden Gründen:

Der Verordnungsvorschlag geht davon aus, dass die **betroffene Person ihre Einwilligung jederzeit widerrufen kann** (Art. 7 Abs. 3 und Erwägungsgrund 32). Eine Vertragsdurchführung ohne Verarbeitung der Daten ist aber nicht möglich.

Nach Art. 7 Abs. 4 ist die Einwilligung als Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung ausgeschlossen, wenn **zwischen dem Betroffenen und der verantwortlichen Stelle ein erhebliches Ungleichgewicht** besteht. Es ist zu erwarten, dass Datenschutzbehörden ein solches Ungleichgewicht nicht nur in Beschäftigungsverhältnissen (Erwägungsgrund 34) sondern auch zwischen Versicherungsunternehmen und ihren Kunden oder Geschädigten annehmen. Damit wäre eine Einwilligung ausgeschlossen.

Position der deutschen Versicherungswirtschaft:

Notwendig ist eine eindeutige, europaweit geltende gesetzliche Grundlage für die Verarbeitung von Gesundheitsdaten in allen betroffenen Versicherungssparten.

2) Abgrenzung von der Profilbildung

Der Vorschlag verbietet in Art. 20 grundsätzlich Profilbildungen aufgrund automatisierter Prozesse. Damit soll in erster Linie die Bildung von Verhaltensprofilen aufgrund von Aktivitäten im Internet verhindert werden. Die Bestimmung würde nach ihrem Wortlaut jedoch auch **automatisierte Tarifeinstufungen und Risikoeinschätzungen in der Versicherungswirtschaft erfassen** und damit die **Arbeit der Versicherungswirtschaft im Kern gefährden**.

Es entspricht der **Natur von Versicherungsverträgen**, dass **nach bestimmten Kriterien Risikogemeinschaften gebildet** werden müssen.

Beispiel:

- In der Elementarschadenversicherung können Häuser, die in einem in regelmäßigen Abständen von Überschwemmungen betroffenen Ort liegen, nicht zu gleichen Konditionen versichert werden wie Häuser, die in einem Ort fernab von Gewässern liegen.

Eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation eines Versicherers setzt nach Art. 44 der Solvency II-Rahmenrichtlinie (RL 2009/138/EG) ein angemessenes Risikomanagement voraus. Im Rahmen der erforderlichen Risikosteuerung ist die Tarifierung und Risikoeinschätzung zwingend erforderlich.

Position der deutschen Versicherungswirtschaft:

Tarifierung und Risikoeinschätzung in der Versicherungswirtschaft müssen ausdrücklich vom Begriff der Profilbildung in Art. 20 ausgenommen werden.

3) Verhinderung von Versicherungsbetrug und Gewährleistung der Zuverlässigkeit von Versicherungsvermittlern

Für den **Betrieb von Auskunfteien** gibt es im Vorschlag für die EU-Datenschutzgrundverordnung **keine klare gesetzliche Grundlage**. Denn Art. 6 Abs. 1f. erlaubt – anders als Art. 7f) der RL 95/46/EG – keine Datenverarbeitung im Interesse Dritter. Außerdem fehlt eine Erlaubnis für die Verarbeitung von Daten über Straftaten direkt in der Verordnung (vgl. Art. 9 Abs. 1, 2).

Die Versicherungswirtschaft benötigt Auskunfteien zum Schutz vor Versicherungsbetrug und unseriösen Versicherungsvermittlern.

Beispiele:

- In Deutschland werden im **Hinweis- und Informationssystem (HIS)** bestimmte, auf ein erhöhtes Risiko hindeutende Daten aus den Versicherungsunternehmen gespeichert. Dazu gehören auch Verurteilungen wegen Versicherungsbetrugs.
- Die **Auskunftsstelle über den Versicherungs- und Bausparaußendienst (AVAD)** verarbeitet Informationen über Vermittler, um im Interesse der Verbraucher deren Zuverlässigkeit sicherzustellen.

Position der deutschen Versicherungswirtschaft:

Der Betrieb der genannten Systeme muss sichergestellt werden, indem eine **Datenverarbeitung im Interesse Dritter zugelassen** wird sowie eine **Verarbeitung von Daten über Strafurteile bei erheblichem berechtigtem Interesse** unmittelbar aufgrund der Verordnung ermöglicht wird.

4) Datenschutzfolgenabschätzung als eine unnötige bürokratische Belastung

Neben anderen **erheblichen neuen bürokratischen Belastungen** (z. B. Art. 22, 23, 28, 29 und 30) enthält **Art. 33 zusätzlich das Erfordernis einer Datenschutzfolgenabschätzung**. Inhalt und Umfang der Folgenabschätzung werden nicht deutlich. Zusätzlich wird **nicht klar, warum und in welchen Fällen die Aufsichtsbehörde konsultiert werden muss** (Art. 34 (2)). Jedoch sollen Sanktionen verhängt werden, wenn die Datenschutzfolgenabschätzung nicht durchgeführt oder die Aufsichtsbehörde nicht konsultiert wird (Art. 79 (6) (i)). Hinzu kommt, dass die Betroffenen

zu konsultieren sind. Das verlangt das Offenlegen von Geschäftsgeheimnissen.

Für Versicherungsunternehmen würde die Folgenabschätzung zur Regel. Dies bedeutet nicht nur Verwaltungsaufwand, sondern Rechtsunsicherheit.

Position der deutschen Versicherungswirtschaft:

Da die Auswirkungen einer Datenverarbeitung für die Betroffenen ohnehin im Rahmen anderer Anforderungen beachtet werden müssen, sind Art. 33 und 34 Abs. 2 entbehrlich.

5) Weitere Anliegen der deutschen Versicherungswirtschaft

- Umfangreiche Betroffenenrechte, wie das **Recht auf Vergessen** (Art. 17) und **Datenübertragbarkeit** (Art. 18), die primär auf soziale Netzwerke im Internet zugeschnitten sind, können nicht 1:1 in die Offline-Welt übertragen werden. Sie dürfen insbesondere die Vertragsdurchführung nicht gefährden.
- Möglichkeiten zur **kollektiven Rechtsdurchsetzung** sind nicht erforderlich, zumal den Datenschutzaufsichtsbehörden weitgehende Kompetenzen eingeräumt sind.
- **Sanktionen** sollten auf ein verträgliches Maß begrenzt werden und nicht losgelöst von der Auswirkung des Verstoßes anfallen.
- Die weiten Befugnisse der Europäischen Kommission zum **Erlaß von delegierten Rechtsakten** bedeuten Rechtsunsicherheit. Vorzugswürdig ist eine Konkretisierung der Verordnung durch branchenspezifische Selbstregulierungsmaßnahmen.
- Die **Verpflichtung zur Meldung** jeder Zerstörung, jedes Verlusts, jeder Veränderung und jedes unberechtigten Zugriffs auf personenbezogene Daten ist zu strikt ausgestaltet. Ein so weit gefasster Anwendungsbereich lässt eine Meldeflut bei den Aufsichtsbehörden und eine Abstumpfung der immer wieder auch in nichtigen Fällen benachrichtigten Betroffenen befürchten. Art. 31 und 32 sollten so eingeschränkt werden, dass nur besonders schutzwürdige Daten und nur die unrechtmäßige Übermittlung oder sonstige unrechtmäßige Kenntniserlangung erfasst sind und schwerwiegende Beeinträchtigungen für die Rechte oder schutzwürdigen Interessen der Betroffenen drohen müssen. Als Vorbild kann der im Jahr 2009 in das deutsche Bundesdatenschutzgesetz eingefügte § 42a BDSG dienen.

Berlin, 12. Juni 2012